

Stand: 07.11.2024

gemäß DSGVO und BDSG-neu

1. Die LESG gilt als Auftraggeberin für die im Vertragszweck aufgeführten Leistungen und überträgt dem Auftragnehmer die Verantwortung, dass er im Rahmen der zu erfüllenden Arbeitsaufgaben zur Kenntnis gelangende interne Informationen, Informationen mit Personenbezug sowie über alle ihm bekannt gewordenen Absichten, Verfahrensweisen und Handlungen des Auftraggebers und dessen Geschäftspartner.
 - vertraulich behandelt,
 - sie nur im Rahmen der Arbeitsaufgabe verwendet,
 - sie Dritten nicht zugänglich macht, solange und soweit diese nicht bereits vorher ohne Verpflichtung zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit bekannt waren oder
 - allgemein bekannt sind oder werden.

Die Verwendung von vertraulichen Informationen ist ausschließlich im Rahmen der vereinbarten Arbeitsaufgabe und nur denjenigen gestattet, die in die jeweilige Arbeitsaufgabe eingebunden und auf Informationen angewiesen sind. Eine Vervielfältigung, gleich auf welchem Wege, und eine Übertragung auf andere Rechner oder Speichermedien ist nur insoweit gestattet, als es zur Erfüllung des Vertragszweckes unbedingt erforderlich ist, und bedarf im Zweifelsfall der vorigen schriftlichen Erlaubnis durch den Auftraggeber.

2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine eingesetzten Mitarbeiter auf Geheimhaltung und Vertraulichkeit schriftlich zu verpflichten und über die entsprechende Datenverarbeitung zu informieren.
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die im Rahmen seiner Tätigkeit für die Auftraggeberin zur Kenntnis gelangenden personenbezogenen oder auf Personen beziehbare Informationen nur zu diesem Zweck zu nutzen. Eine Nutzung für andere Zwecke wird ausgeschlossen.
4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, technische und organisatorische Sicherungsvorkehrungen zu treffen, um eine Kenntnisnahme von personenbezogenen Daten durch unbefugte Dritte auszuschließen. Die Sicherungsvorkehrungen sind gegenüber der Auftraggeberin nachzuweisen und können auf Auftraggeber vor Ort geprüft werden.

Bei der Verwendung von mobilen Datenträgern (mobile Speichermedien wie z. Bsp. USB-Sticks, Festplatten, Mobiltelefone, Laptops und Tablets) ist eine Verschlüsselung zwingend erforderlich.

5. Dem Einsatz eines Subauftragnehmers durch den Auftragnehmer ist mit der Auftraggeberin vorher abzustimmen. Die Verantwortung für die Einhaltung aller Rahmenbedingung obliegt dem Auftragnehmer. Nachweise zur Einhaltung des Bundesdatenschutzgesetzes neu, der Europäischen Datenschutzgrundverordnung oder gleichwertigen Standards müssen schriftlich vorliegen.
6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dass alle geltenden Gesetze, Vorschriften und Regelungen in ihrer aktuellen Version eingehalten werden. Unter anderem betrifft dies:
 - Mindestlohngesetz
 - Anti-Korruptions-Gesetze
 - Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
 - Bundesdatenschutzgesetz neu
 - Europäische Datenschutzgrundverordnung
 - Arbeitssicherheit und betrieblichen Gesundheitsschutz

7. Bei Beendigung des Auftragsverhältnisses verpflichtet sich der Auftragnehmer, alle ihm mit dem Auftrag übergebenen Unterlagen, Daten und Datenträger zurückzugeben.

Ein Zurückbehaltungsrecht wird ausgeschlossen. Davon ausgenommen sind Unterlagen, aus der sicherheitstechnischen Betreuung der SiFa (Unfalldaten). Diese unterliegen den einschlägigen Regelungen über die Dokumentationspflicht aus der sicherheitstechnischen Betreuung und dürfen dem Auftraggeber in keinem Fall übergeben werden.

8. Dem Datenschutzbeauftragten der Auftraggeberin sind im Rahmen des gesetzlich Erlaubten Auskünfte zum Umgang mit personenbezogenen Daten der Beschäftigten der Auftraggeberin zu erteilen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auch über das Ende des Vertragsverhältnisses hinaus, Stillschweigen über die ihm im Zusammenhang mit dem Auftrag bekannt gewordenen Informationen zu wahren.

9. Im Übrigen gelten die Regelungen der Auftragsdatenverarbeitung des Auftragnehmers laut seinen AGB.

Handelt es sich um eine Auftragsdatenverarbeitung, wird ein entsprechender Vertrag für die Auftragsdatenverarbeitung geschlossen.

Beide Parteien berücksichtigen den Artikel 33 der DSGVO:

(1) Im Falle einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten meldet der Verantwortliche unverzüglich und möglichst binnen 72 Stunden, nachdem ihm die Verletzung bekannt wurde, diese der gemäß Artikel 55 zuständigen Aufsichtsbehörde, es sei denn, dass die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten voraussichtlich nicht zu einem Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen führt. Erfolgt die Meldung an die Aufsichtsbehörde nicht binnen 72 Stunden, so ist ihr eine Begründung für die Verzögerung beizufügen.

(2) Wenn dem Auftragsverarbeiter eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten bekannt wird, meldet er diese dem Verantwortlichen unverzüglich. Ein Verstoß gegen die Vertraulichkeits- und Datenschutzvorschriften stellt einen Verstoß gegen arbeitsvertragliche Pflichten dar, der entsprechend geahndet werden kann.